

Podiumsdiskussion

Ein Stück stiller Rationierung

Von Johannes Schmitz, 14.06.09, 15:36h

Renommierete Mediziner kritisieren Reformen im Gesundheitssystem: Ein Experte rechnet vor, dass der Beitragssatz für die Krankenversicherung im Jahr 2050 auf 43 Prozent steigen könnte.



Die Ärzte Fritz Beske, Hans Peter Meuser und Jörn Cremer von der Kassenärztlichen Vereinigung lauschen den Ausführungen von Joachim Trauboth (v. l.) während der Diskussion im Stadtmuseum. (Bild: Schmitz)

Sieburg Die Politik rationiert die medizinische Versorgung der Kassenpatienten, ist aber zu feige, das den Menschen klar zu sagen. Statt dessen zwingt die Politik die Ärzte dazu, diese Rationierung an den Patienten zu vollziehen, indem sie die Leistungen der Ärzte budgetiert.

Auf diese Essenz könnte man die Diskussion bringen, die eine Gruppe von Ärzten im Stadtmuseum organisiert hatte. Bei der ersten Veranstaltung dieser Art ging es um die Einkommenssituation der niedergelassenen Ärzte. Dieses Mal ging es um die Frage, wo das Geld bleibt im Gesundheitssystem.

Dazu hatten sich die Mediziner einen der wichtigsten Akteure der deutschen Debatte um die Zukunft des Gesundheitssystems eingeladen, Professor Fritz Beske aus Kiel. Der 86-jährige Mediziner begleitet mit dem von ihm gegründeten Institut die Entwicklung als Wissenschaftler und Berater der Politik. Für letztgenannten Job dürfe man „nicht ansatzweise zur Depression neigen“. Er ließ durchblicken, dass er mit dem Krisenmanagement der Regierung in Berlin keineswegs zufrieden ist.

Seine Forderung: Die Politik müsse endlich ehrlich sein, also sagen, dass eine Rationierung der Leistungen für Kassenpatienten unumgänglich sei. Zum einen wegen der demographischen Entwicklung, zum anderen wegen des medizinischen Fortschritts, der die Menschen immer älter werden lasse.

Im Jahr 2050 wird nach seinen Berechnungen ein Versicherter einen Nicht-Versicherten finanzieren müssen. Der Beitragssatz müsste, wollte man das heutige Niveau der Versorgung aufrechterhalten auf bis zu 43 Prozent steigen, so Beske.

„Ein Stück stiller Rationierung haben wir heute schon“, sagte Beske. Er möchte diesen Vorgang öffentlich und zum Thema einer gesellschaftlichen Grundsatzdebatte machen, auf deren Basis dann die Politik entscheiden müsse, was die gesetzlichen Kassen noch leisten können und welche Leistungen die Menschen nur noch durch private Zusatzversicherungen erhalten sollten.

Derzeit versuche die Politik ihre Verantwortung zu verschleiern, um die Wähler nicht mit unangenehmen Wahrheiten zu verschrecken. Denn die Volksvertreter seien verantwortlich für den Leistungskatalog der Kassen, deren finanzielle Ausstattung und die Honorierung dieser Leistungen. Sein Fazit: Es wird auch in Zukunft ein Gesundheitssystem für alle geben, aber auf niedrigerem Niveau.

In dieselbe Richtung argumentierte Joachim Trauboth. Er sitzt im Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Versicherte und Patienten. Trauboth unterstellt der Politik, den freien Arztberuf abschaffen und das Feld den großen Konzernen überlassen zu wollen. Für die Versorgung auf dem Land sei das eine Katastrophe. Auch den privaten Kassen wolle die Politik an den Kragen. Trauboth forderte Mut zur Wahrheit.

Für die Freie Ärzteschaft sagte Hans-Peter Meuser, die gesetzlichen Kassen würden weniger Geld an Ärzte zahlen, als für die eigene Verwaltung ausgeben. Und das, obwohl die Kassen für ihre Verwaltung nur sechs Prozent ihrer Einnahmen ausgeben, wie Beske mitteilte.

Und er wiederholte eine beeindruckende Zahl, die er bereits vor Monaten in die Debatte geworfen hat: Die Politik nimmt rund 45 Milliarden Euro aus dem Topf der Krankenversicherungen, um andere Löcher damit zu stopfen. Würde sie das Geld da lassen, wofür es gezahlt werde, könnte der Beitrag laut Beske auf 10,3 Prozent gesenkt werden.

<http://www.rhein-sieg-anzeiger.ksta.de/jrsa/artikel.jsp?id=1242833534963>

Copyright 2009 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.